

Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus für Jugendliche

1. Einleitung

Die Erlebniswelten von Jugendlichen in Deutschland sind vielfältig und komplex. Die biografischen Erfahrungen und Erlebnisse durch die umgebende Gemeinschaft (Familie, Freunde, Schule, soziales Umfeld) beeinflussen die Entwicklung und Ausprägung von Meinungen, Verhalten und Haltungen. Jugendliche in ländlichen Regionen nutzen andere kulturelle Angebote als Jugendliche in Großstädten. Mädchen haben andere Bezugsgruppen als Jungen. Kinder mit Migrationshintergrund erleben andere soziale Interaktionen als Deutsche und das Aufwachsen in Ostdeutschland kann sich von dem in Westdeutschland teilweise deutlich unterscheiden. Die Entwicklungsherausforderungen für Jugendliche sind bereits ohne die Bedrohung durch extremistische und gewaltbereite Kulturen beachtlich: Aufwachsen in Schutz und Geborgenheit (Stichwort: Kindeswohlgefährdung); Erlernen zentraler Kulturtechniken (Stichwort: Inklusive Pädagogik); Umgang mit eigenen Ängsten und Belastungen (Stichwort: Kinder- und Jugendpsychiatrie); Erleben von Selbstwirksamkeit (Stichwort: Suchtgefahren und Mobbing); Übergang in den Beruf (Stichwort: Arbeitslosigkeit), um nur einige zentrale Entwicklungsschritte und ihre Herausforderungen zu nennen.

Extremistische und gewaltbereite Kulturen bedrohen Kinder und Jugendliche dabei in zweifacher Hinsicht: Zum einen, indem Jugendliche in diese Erlebniswelten eintauchen, abgleiten und sich auf diese Weise selbst einem Umfeld der Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Willkür aussetzen. Zum anderen, weil aus diesen Kulturen heraus andere Jugendliche angegriffen,

beschimpft, verletzt werden. Für beide Fälle sind pädagogische Präventions- und Interventionsansätze angezeigt.

Deshalb ist es so wichtig, Kinder und Jugendliche im Umgang mit Rechtsextremismus nicht alleine zu lassen. Sie nicht abzuschreiben. Ihnen Alternativen zu bieten. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit den Strategien der Rechtsextremen. Es gilt den Reiz ihrer Erlebnisswelten, ihren »radical chic«, ihre Hass- und Wutkultur zu verstehen, um zivile und menschenrechtliche Antworten zu finden. Wo rechtsextreme Jugendkulturen stark sind, haben sich oft demokratische Akteure längst verabschiedet (Roth 2013: 11).

Dieser Beitrag richtet seinen Fokus auf die Prävention als Stärkung und Schutz für potentielle Opfer und gleichzeitig als Verhinderungsstrategie gegen das Abgleiten in rechtsextremistische Erlebnisswelten (Interventionsansätze gegen Gewalt oder Rechtsextremismus sowie Aussteigerprogramme werden nicht behandelt). Ziel ist es, Einrichtungen dabei zu unterstützen, demokratische und gewaltpräventive Strukturen zu etablieren. Was können Schulen und Jugendeinrichtungen tun, was können Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Erzieher tun, um Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig zu stärken und ihnen Kompetenzen sowie Strategien gegen das Erleben von Ohnmacht zu vermitteln? Welche Programme sind hilfreich, die Basis für ein friedfertiges Miteinander zu legen? Welche Strategien sollten pädagogische Einrichtungen bei der Verankerung gewaltpräventiver Projekte beachten?

2. Herausforderungen

Jeder zehnte Deutsche weist ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild auf. 5 % bis 35 % zeigen rechtsextreme Einstellungen (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2012). Diese hohe Zahl macht deutlich, dass sich rechtsextreme Überzeugungen nicht allein in Subkulturen

manifestieren, sondern der Mitte der Gesellschaft entspringen. Pädagogische Gegenmaßnahmen können und dürfen sich demnach nicht gegen eine scheinbar leicht zu identifizierende Gruppe von Skinheads richten, sondern müssen die seit Mitte der 1990er Jahre stattfindende Pluralisierung der Rechtsextremen wahrnehmen und mit gezielten Maßnahmen bekämpfen.

Auch das Wechselspiel zwischen rechtsextremen Erlebniswelten und jugendlichen Identifikationsbedürfnissen verändert sich stetig. Hierbei spielen sowohl die weitgefächerten Freizeitangebote für Jugendliche, die eine thematisch eingeeengte Skinheadkultur immer weniger attraktiv erscheinen lassen, eine Rolle, als auch die strategischen und finanziellen Interessen der rechtsextremen Vereinigungen, die ihre „Angebote“ verbal abrüsten, um immer mehr junge Menschen für ihre Ziele zu interessieren. Auch wenn die Sprache der Rechtsextremen stärker auf die Mitte der Gesellschaft zielt, die Absichten bleiben menschenverachtend, antidemokratisch und rückwärtsgewandt. Die Erscheinungsformen rechtsextremer Einstellungen sind mittlerweile so ausdifferenziert, dass es ohne Erfahrung und Expertise nicht immer einfach ist, sie zu identifizieren und von anderen, teilweise sogar linken, Jugendstilen zu unterscheiden. Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Ausdrucksformen des rechtsextremen Repertoires geben Benzing, Eckel, Klose u. a. (2006):

- „Musik als ‚Einstiegsdroge‘ und Medium der Ideologisierung im Alltag [...]
- Kleidung, Codes und Symbole – Jugendkultureller Lifestyle [...]
- Das Internet als Informations- und Kommunikationsplattform [...]
- Szeneläden, Kneipen und Clubs.“

Hervorzuheben ist hierbei die immer wichtiger werdende Rolle des Internets und der sozialen Netzwerke. Beschränkte sich die Nutzung des Internets vor einigen Jahren noch auf einige rechts-extreme Homepages oder den Gebrauch von Emails, bietet das Internet auch den Rechtsextremen mittlerweile umfassende Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, der Vernetzung in diversen sozialen Netzwerken, der Dominanz von Meinungsportalen oder der Bereitstellung von Musik, Videos und Propagandamaterial. Rechtsextreme Gruppen machen sich dabei Themen zu eigen, die auch in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen, z. B. Altersarmut, Kindesmissbrauch oder Islamismus. Im Internet werden dafür Portale, Gruppen oder Aktionen gegründet, die zunächst wenig extremistisch wirken oder Musik von beliebten Bands, Antifa-Symbolik, Comics oder gewollt „lustige“ Bemerkungen über die zu bekämpfende Gruppe nutzen (vgl. z. B. Jugendschutz 2014, Amadeu Antonio Stiftung 2014). Dieser faschistische Code in der Jugendkultur funktioniert, weil die demokratische Erneuerungsbewegung in der Jugendkultur fehlt: „Es gibt keinen demokratischen Underground“ (DeGeDe 2014).

Die doppelte Herausforderung für die pädagogische Praxis liegt darin, die Präventionsangebote sowohl auf die für rechtsextreme Haltungen empfänglichen Jugendlichen als auch auf potentielle Opfer rechtsextremer Aggression auszurichten. Für die erste Gruppe ist eine fundierte Kenntnis der aktuellen Erscheinungsformen, Strategien und Interessen Rechtsextremer unerlässlich. Für die zweite Gruppe, die häufig bisher wenig Kontakt mit offen rechtsextremen Strukturen hatte, sind lebensweltorientierte, demokratiepädagogische Angebote erforderlich. Da beide Gruppen in der Lebensrealität von Jugendlichen in Deutschland starke Überschneidungslinien aufweisen, wäre das pädagogische Idealbild die intensive Auseinandersetzung mit beiden Gruppen:

- Klare Grenzziehungen gegen rechtsextreme und gewaltbereite Strömungen in Schulen und Jugendeinrichtungen.
- Nachhaltige demokratiepädagogische Angebote und gewaltpräventive Projekte in Schulen und Jugendeinrichtungen verankern.

3. Klare Grenzziehungen gegen rechtsextreme und gewaltbereite Strömungen in Schulen und Jugendeinrichtungen

Die Einrichtung und ihre Mitglieder schützen

Alle Jugendlichen sind ca. bis zum 18. Lebensjahr schulpflichtig und suchen darüber hinaus Einrichtungen der offenen Jugendhilfe auf. Schule und Jugendhilfe haben damit eine Verpflichtung der Beschulung, Begleitung und Betreuung aller jungen Menschen, das gilt auch für Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen. Bei massiven Regelverletzungen, körperlichen Übergriffen oder extremistischen Provokationen stoßen die Fachkräfte der Einrichtungen persönlich an ihre Grenzen und der freie Zugang aller zu diesen Angeboten muss diskutiert werden, weil andere Menschen zu Schaden kommen. Da aber weder die Schulpflicht aufgrund von Übergriffen erlischt, noch die Jugendhilfe auffälligen Jugendlichen jedwedes Angebot verwehren kann, so kann und muss sich die konkrete Einrichtung einerseits vor ihre Mitglieder stellen und sie vor Gewalt und Aggression schützen, andererseits kann und muss sie sich pädagogisch mit den Urhebern der Aggression beschäftigen.

Eine Möglichkeit zur Vermeidung von extremistischen und menschenfeindlichen Strömungen ist die Verabschiedung eines demokratischen, rassistisfreien Grundkonsens für die gesamte Einrichtung (vgl. z. B. „Schule ohne Rassismus“). Darüber hinaus ist

der Aushang einer anti-rassistischen Hausordnung denkbar, die den Verantwortlichen jederzeit die Möglichkeit gibt, aggressiven oder rechtsextremen Jugendlichen den Zugang zu der Einrichtung befristet zu verwehren (vgl. Benzing u. a. 2006: 94f). In diesem Zusammenhang ist auch eine enge Kooperation mit der örtlichen Polizeiwache zu empfehlen. In einigen Bundesländern gibt es bereits Schulpolizisten, die bei Straftaten und rechtlichen Fragestellungen helfen können (vgl. z. B. Jugendgewalt Hamburg 2014).

Qualifizierte Aus- und Fortbildung gewährleisten

Die Arbeit mit gewaltbereiten und/oder rechtsextremen Jugendlichen ist für die Fachkräfte herausfordernd. Vertiefende Fachfortbildungen sind erforderlich, um passgenaue Kompetenzen für den Umgang mit gefährdeten Jugendlichen aufzubauen (vgl. Benzing u. a. 2006):

- Kennen der Stile, Symbolik, Musik rechtsextremer Jugendlicher,
- Einschätzen der Ideologiedichte rechtsextremer Jugendlicher,
- Argumentationsstrategien und Weltbilder Rechtsextremer kennen,
- historisch-politische Bildung,
- Diversity Trainings/Zivilcourage Trainings,
- Kennen von Gesetzen zu Rechtsextremismus, Gewalt, Menschenrechten, Opferschutz usw.,
- Anwenden von Methoden der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (Cliques-/Einzelfallarbeit),
- geschlechterdifferenzierte Methoden kennen,
- sicherer Umgang mit Regeln und Verboten.

4. Nachhaltige demokratiepädagogische Angebote und gewaltpräventive Projekte in Schulen und Jugendeinrichtungen verankern

Demokratiepädagogik

Wo alle Menschen überzeugte und handelnde Demokraten sind, gibt es keinen Extremismus. Im Umkehrschluss bedeutet dies, wenn nicht alle Menschen Demokraten sind (wovon wir in diesem Beitrag ausgehen), sind Demokratie und Menschenrechte ständig in Gefahr. Der Einsatz für eine lebendige und sich ständig aktualisierende, demokratische Gesellschaft ist von jedem Bürger möglich – in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist er jedoch besonders wichtig. Nicht weil die jungen Menschen es nötiger hätten als die Erwachsenen, sondern weil die Arbeit in pädagogischen Einrichtungen direkte Einflüsse auf Haltungen und Werte von Millionen von Menschen hat. Blinde Flecken, Desinteresse oder einfach Kompetenz-Defizite können hier schwer wiegende Folgen haben. Edler (2014) beschreibt die Chancen von Demokratiepädagogik wie folgt:

Die meisten jungen Menschen, die sich dem Rechtsextremismus oder dem Islamismus verschreiben, haben eine Wut, einen Hass auf die Gesellschaft entwickelt, auf den Staat, auf anders aussehende Menschen. [...] Wir müssen es nicht soweit kommen lassen, wenn wir den Mut zu einer Schule haben, in der Kinder von Anfang an lernen, mit ihren Aggressionen sozialverträglich umzugehen und eigene Interessen so wahrzunehmen, dass ihre Wahrnehmung nicht gegen die Grundsätze der Moral verstößt – indem sie nämlich im Normendiskurs ein eigenes Regelwerk des Zusammenlebens errichten. Die Grundschulpädagogik weiß oft gar nicht, wie politisch sie ist, wenn sie Kindern die Gelegenheit gibt, im Kleinen eine ‚well-functioning society‘ zu etablieren und Gruppenprozesse erfolgreich zu gestalten. Auch ein Jugendlicher, der schon unter den Einfluss

extremistischer Ideologien geraten ist, kann in einer demokratischen Schulkultur in einen Dialog über die Unteilbarkeit der Freiheit verwickelt und dadurch nachdenklich gemacht werden.

Edler (2014) plädiert daher für demokratiepädagogische Qualitätsstandards und schlägt fünf Verfahren als „Aktionsprogramm“ für den Einstieg vor:

- Der *Klassenrat* stellt eine moderierte Schutzzone für die Bearbeitung von Problemen und Konflikten mit der Klasse dar.
- Das *Schüler-Feedback* beinhaltet verschiedene Formen strukturierter, geregelter Rückmeldungen an die Lehrkräfte.
- Die *Aushandlungsrunde* tritt zusammen, wenn größere Probleme eine Verständigung in der gesamten Schulgemeinschaft erfordern.
- Ein *Partizipationssteigerungsprogramm* beinhaltet bspw. Programme zur Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund.
- Ein *Demokratie-Audit* beschreibt ein Verfahren zur Reflexion und Steuerung demokratiepädagogischer Qualitätsentwicklung in der Schule. Anhand eines spezifischen Kriterienkatalogs wird hier eine interne Selbstbewertung der eigenen Schule vorgenommen, deren Ergebnisse wiederum die Grundlage für die Formulierung von Entwicklungszielen bilden, die sich die Schule selbst setzt.

Demokratiepädagogik ist demnach nicht die Wissensvermittlung über demokratische Strukturen und Institutionen, sondern die Bereitstellung von Räumen für das Erleben von Aushandlungsprozessen nach fairen Regeln (vgl. DeGeDe 2014).

Gewaltprävention

Unter dem Begriff „Gewaltprävention“ werden in den letzten Jahren diverse Programme, Konzepte, Methoden und teilweise auch Interventionsstrategien gefasst, die über die Angebote der Demokratiepädagogik hinausgehen: Soziale Trainingsprogramme in Schulklassen, Peer-Mediationsprojekte, Anti-Mobbing-Programme, Maßnahmen zum Kinderschutz und gegen sexuelle Grenzverletzungen, Opferschutzprogramme oder Elterntrainings u. v. m. Präventionsprogramme werden traditionell nach der jeweiligen Zielgruppe unterschieden:

1. Universelle Prävention (Primärprävention), Zielgruppe: Alle Mitglieder des Systems;
2. Selektive Prävention (Sekundärprävention), Zielgruppe: Gefährdete Mitglieder, bei denen erste Anzeichen der Problematik auftauchen, z. B. Coolness-Trainings für gewaltauffällige Jugendliche;
3. Indizierte Prävention (Tertiärprävention), Zielgruppe: Von der Problematik erfasste Personen, z. B. Jugendstrafverfahren für mehrfach straffällig gewordene Jugendliche.

Diverse Studien zeigen, dass ein früher Einstieg in die Kriminalität die Prävalenz kriminellen Verhaltens erhöht (siehe u. a. Harrendorf 2007; Melzer/Schubarth/Ehninger 2004; Cottle/Lee/Heilbrun 2001; Derzon 1996). Maßnahmen gegen Gewalthandeln wirken deshalb umso effektiver, je früher sie im Lebensalter der Kinder ansetzen (vgl. BMI/BMJ 2006).

Komplexe Konzepte schulischer Gewaltprävention setzen auf eine Doppelstrategie: Universelle Präventionsmaßnahmen für alle Kinder zu Beginn der Schulzeit sowie altersangemessene Maßnahmen für gefährdete Jugendliche in höheren Jahrgängen. Eine klassenstufenbezogene Struktur für eine Schule könnte wie folgt gestaltet sein (vgl. Tab. 1).

Klassenstufe	Ziel	Gewaltpräventionsmaßnahme	Beispielprogramme (Auswahl)
<p style="text-align: center;">Kita, Vorschule und Grundschule</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Selbstwirksamkeitserfahrungen • Spielerisches Heranführen an demokratiepädagogische Elemente • Erarbeitung der Konzepte „Täter“, „Opfer“, „Schützer“ • Symbolik „Kinder können Konflikte lösen“ für alle sichtbar 	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratiepädagogische Elemente (z. B. Wahl von Gruppensprechern in der Kita) • Soziale Kompetenztrainings • Streitschlichterprogramme • Stopp-Regeln auf dem Schulhof • Elterntrainings zur Unterstützung der Sozialkompetenzen bei Kindern 	<ul style="list-style-type: none"> • Faustlos (0–3) • Streitschlichterprogramme • Fit & Stark für’s Leben (Kl. 1–4) • Schülerparlamente • Life-Skill-Training • Papilio
<p style="text-align: center;">Klassenstufe 5/6</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Gruppenkohärenz durch Erarbeitung gemeinsamer Klassenregeln • Kennenlernen gruppenbezogener Konfliktbearbeitungskompetenzen • Kennenlernen von Opfervermeidungsstrategien 	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenregeln • Soziale Trainingsprogramme • Etagenparlamente • Anti-Mobbing-Programme 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziales Kompetenztraining • Mobbing-Präventions-Programm „Gemeinsam Klasse sein!“ • Trainingsraum-Programme • Schülerparlamente • Lions’ Quest • Eigenständig werden – eigenständig bleiben
<p style="text-align: center;">Klassenstufe 7/8</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kennenlernen rechtlicher und fachlicher Grundlagen zu lebensweltrelevanten Themen • Einüben gruppenbezogener und individueller Konfliktbearbeitungskompetenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Projekttag/-unterricht zu lebensweltrelevanten Themen wie Straftaten (Diebstahl, Körperverletzung), Sucht, sexuelle Gewalt, häusliche Gewalt, Rechts extremismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Koole Kerle – Lässige Ladies (12–15 Jahre) • Cool-in-School (12–15 Jahre) • Zivilcourage-trainings • Präventionsunterricht durch Polizeibeamte in Schulen (Polizei)

Klassenstufe	Ziel	Gewaltpräventionsmaßnahme	Beispielprogramme (Auswahl)
Klassenstufe 7/8	<ul style="list-style-type: none"> • Sekundärpräventive Arbeit mit leicht auffälligen Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Präventionsunterricht durch Polizeibeamte in Schulen • Zivilcourage-trainings • Coolnesstrainings in der Gruppe oder Einzeltrainings in Kooperation mit der Jugendhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Projekttag/-wochen/-unterricht zu lebensweltrelevanten Themen wie Straftaten (Diebstahl, Körperverletzung), Sucht, sexuelle Gewalt, häusliche Gewalt, Rechtsextremismus (div. Anbieter) • Fairplayer (FU Berlin)
Klassenstufe 9/10	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortungsübernahme in lebensweltrelevanten schulischen und außerschulischen Bereichen • Quasi-Professioneller Kompetenzerwerb in den Bereichen Meditation; Gruppenbetreuung; Forschungsmethoden; Hausaufgabenbetreuung usw. 	<ul style="list-style-type: none"> • Programme zur Übernahme von Verantwortung für das soziale Miteinander an der Schule 	<ul style="list-style-type: none"> • Peer-Mediation • Prefects-Vertrauensschüler • Lernen ohne Angst (Plan International) • Junge Vorbilder (Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e. V.)
alle Klassenstufen	<ul style="list-style-type: none"> • regelmäßige Klärung von Konflikten mit klaren Regeln • Hilfe für Opfer – Ächtung von Gewalt • Werte und Normen diskutieren und anwenden lernen 	<ul style="list-style-type: none"> • Klassenrat • Opferschutzmaßnahmen • Klassen- und Schulregeln gemeinsam entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Diverse Anbieter in den Ländern

Tab. 1: Präventionsprogramme nach Klassenstufe (vgl. Melzer u. a. 2004)

Die folgende Schrittfolge für die Einführung eines integrierten Gewaltpräventionskonzepts (vgl. Abb. 1) ist das Ergebnis von mehrjährigen Erfahrungen in der Beratung und Begleitung von Schulen im Umgang mit Gewaltvorfällen, im Rahmen von Präventionsprojekten und Fortbildungen (vgl. Scheithauer 2012; Bundesverband Mediation 2009). Die standortspezifische Zusammenführung von Präventionsprogrammen und Interventionskonzepten ist eine Organisationsentwicklungsaufgabe und liegt somit in der Steuerungsverantwortung der Leitung.

Schritt 1: Entscheidung der Leitung für ein Gesamtkonzept zur Gewaltprävention
Diskussion und Informationsaustausch über die Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts im Leitungsteam, im Kollegium, mit den Eltern und den Schülern sowie kommunalen Einrichtungen. Beteiligte für das Thema sensibilisieren.

Schritt 2: Projektgruppe einrichten

Klare Auftrageinsetzung mit Ressourcenzuweisungen. Projektgruppe steuert das Verfahren eigenständig im Rahmen des Auftrags, kommuniziert nach innen und außen, führt Veranstaltungen durch, lädt Experten ein, dokumentiert den Prozess. Partizipationsmöglichkeiten von Eltern und Schülern erörtern. Fragen, Kritik, Vorschläge, Ideen sammeln.

Schritt 3: Problemfeld eingrenzen

(z. B. Schüler- und Lehrerumfrage; Elterngruppe; aktueller Anlass)

Datenerhebung und -auswertung zur Eingrenzung des Problemfeldes. Zum Beispiel: Wie sicher fühlen sich die Schüler? Unterschiede Mädchen und Jungen? Sicht der Eltern? Sicht des Kollegiums? Was wird bereits getan? Was fehlt uns zur besseren Bearbeitung von Vorfällen? Aufbereitung der Ergebnisse und Präsentation in den schulischen Gremien (vgl. Deutscher Bildungsserver 2014; Spiel/Strohmeier 2013).

Schritt 4: Gewaltpräventionsprogramme auswählen und schulklassenbezogen planen

Sammlung aller vorhandenen Gewaltpräventionsprogramme und Sortierung nach Schulklassen. Identifizierung von Lücken bzw. Fehlsteuerungen. Planung ausgewählter neuer Programme, wenn sinnvoll (vgl. Tab. 1).

Schritt 5: Interventionsschritte bei Gewalttaten erarbeiten

Zuständigkeiten und genaue Handlungsschritte für den Gewaltvorfall erarbeiten und veröffentlichen (Checklisten, Interventionsketten), die Mitarbeiter entsprechend qualifizieren und Verfahren bei zukünftigen Vorfällen verbindlich umsetzen.

Schritt 6: Maßnahmen umsetzen

Schulöffentliche „Startschuss“-Veranstaltung bei der Bausteine, Akteure und Zeitplan des Gesamtkonzepts benannt werden. Werbung und Motivation zur Unterstützung des Projekts. Benennung der Kooperationspartner.

Schritt 7: Gesamtkonzept evaluieren

Regelmäßige kleine Abfragen und Datensammlung sowie jährliche Umfragen. Die Evaluation sollte für die Projektgruppe handhabbar bleiben. Am besten bereits vor Start des Gesamtkonzepts ein Evaluationskonzept entwickeln.

Abb. 1: Schrittfolge für die Einführung eines integrierten Gewaltkonzepts (Böhm/Kaeding 2014)

5. Fazit

Die Stärkung von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebenskompetenzen über das Erleben von Aushandlungsprozessen nach fairen Regeln sind die Grundlage für eine demokratiepädagogische Entwicklung der einzelnen jungen Menschen, aber auch eine institutionelle Verantwortung. Die Förderung von Kindern über vielfältige Programme zum sozialen Lernen kann nur nachhaltig greifen, wenn diese Maßnahmen in der Schule oder in Jugendhilfe-Einrichtungen solide implementiert bzw. verankert sind. Spontan geplante Aktionen oder einmalige Großkundgebungen haben als Auftaktveranstaltungen eine Funktion, ansonsten sind sie „Strohfeuer“ oder können bei Misslingen sogar negative Entwicklungen befördern.

Die Leitungen von Institutionen wie Schulen sind gut beraten, wenn sie sich Gedanken um ein langfristig wirksames Gesamtkonzept machen (inkl. der Verzahnung verschiedener Maßnahmen) und bei der Implementierung der Programme und Projekte in Schritten bzw. Phasen der Umsetzung planen. Eine externe Hilfestellung erhalten Schulen in der Regel durch die Fachkräfte regionaler Projekte, der schulpsychologischen Dienststellen oder durch Berater der Lehrerfortbildungsinstitute oder Kultusministerien.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2014): Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur. URL: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/> [Zugriff: 28.02.2014].
- Benzing, A./Eckel, A./Klose, B./Lehnert, E./Reimer, K./von Swieykowski, B./Yilmaz-Gunay, K. (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Berlin.
- Böhm, C./Kaeding, P. (2014): Prävention und Intervention bei Gewalt an Schulen. In: Melzer, W./Hermann, D./Sandfuchs, U./Schäfer, M./Schubarth, W./Daschner, P. (Hrsg.): Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen. Bad Heilbrunn, (in Druck).
- BMI/BMJ = Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): 2. Periodischer Sicherheitsbericht. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/2_periodischer_sicherheitsbericht_langfassung_de.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 17.03.2014].
- Bundesverband Mediation e. V. (2009): Standards und Ausbildungsrichtlinien für Schulmediation und Mediation im Elementarbereich. Fachgruppe Erziehung und Bildung.
- Cottle, C./Lee, R./Heilbrun, K. (2001): The Prediction of Criminal Recidivism in Juveniles. A Meta-Analysis. In: Criminal Justice and Behavior, Nr. 28 (3), 367–394.
- Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2012): Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.
- DeGeDe = Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (2014): Rechts- extremismus. URL: <http://degede.de/3124.0.html> [Zugriff 28.02.2014].
- Derzon, J. H. (1996): A meta-analysis of the efficacy of various antecedent behaviors, characteristics, and experiences for predicting later violent behavior. Dissertation.
- Deutscher Bildungsserver (2014): Schulentwicklung. Institute und Materialien der Länder. URL: <http://www.bildungsserver.de/Schulentwicklung-Institute-und-Materialien-der-Laender-5079.html> [Zugriff: 09.01.2014].

- Edler, K. (2014): Wozu Demokratiepädagogik? Unveröffentlichtes Manuskript.
URL: <http://www.edlerhh.de/wp-content/uploads/2014/02/Edler-Wozu-Demokratiepädagogik.pdf> [Zugriff: 17.03.2014].
- Harrendorf, S. (2007): Rückfälligkeit und kriminelle Karrieren von Gewalttätern.
Ergebnisse einer bundesweiten Rückfalluntersuchung. Göttingen.
- Jugendgewalt Hamburg (2014): Verstärkung der Cop4U an Schulen.
URL: <http://jugendgewalt.hamburg.de/np-cop4u/> [Zugriff: 28.02.2014].
- Jugendschutz (2014): Rechtsextremismus im Internet. URL: <http://www.jugendschutz.net/rechtsextremismus/index.html> [Zugriff: 28.02.2014].
- Melzer, W./Schubarth, W./Ehninger, F. (2004): Gewaltprävention und Schulentwicklung. Analysen und Handlungskonzepte. Bad Heilbrunn.
- Roth, R. (2006): Gegen eine Jugendfixierung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, aber für eine demokratische Jugendarbeit. In: Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Berlin.
- Scheithauer, H. (2012): Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Bonn.
- Spiel, C./Strohmeier, D. (2013): Violence prevention in schools on a national level. The austrian approach. In: Jaffé, P./Moody, Z./Piguet, C./Zermatten, J. (Hrsg.): *Harcèlement entre pairs. Agir dans les tranchées de l'école*. Conference transcript. Switzerland, 76–86.